

Pressemitteilung

„Aktionstag gegen den Schmerz“ am 2. Juni 2020

„Aus der Corona-Krise lernen: Neue Systemstrukturen und mehr Telemedizin für die Schmerzmedizin“

Berlin, 2. Juni 2020. Neue Strukturen und den Ausbau der Telemedizin in der schmerzmedizinischen Versorgung fordert der Berufsverband der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin in Deutschland e.V. (BVSD) anlässlich des 9. bundesweiten „Aktionstag gegen den Schmerz“ am 2. Juni 2020, der heute gemeinsam mit Partnerorganisationen stattfindet. „Hätten wir die Voraussetzungen für eine ambulante multimodale Schmerzmedizin wie von der KBV und dem BVSD mit dem Vertragsentwurf zu einer ‚Spezialisierten Ambulanten Schmerzversorgung‘, SASV, vorgeschlagen, bereits vor der Corona-Krise implementiert, wären ein Großteil unserer Patienten aufgrund des Lockdowns der Schmerzkliniken nicht unversorgt geblieben“, erklärte der BVSD-Vorsitzende Prof. Dr. Dr. Joachim Nadstawek. In Deutschland leben rund 3,9 Millionen Patienten mit schweren und hochproblematischen chronischen Schmerzen mit psychischen Beeinträchtigungen.

Die langsam wieder öffnenden teil- und vollstationären schmerzmedizinischen Einrichtungen stehen nun vor großen Herausforderungen, so Nadstawek. Neben der Umsetzung weitreichender Hygienemaßnahmen in den Krankenhäusern, insbesondere für Gruppentherapien, besorgt den BVSD die Zunahme von Depressionen, Angstzuständen und Dekompensationen bei Patienten mit chronischen Schmerzen. „Viele Patienten benötigen eine intensive Unterstützung und Begleitung in ihrer Sorge um eine Ansteckung mit dem Corona-Virus, sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich“, sagte Nadstawek.

Fallzahlrückgänge in ambulanten Schmerzeinrichtungen zeigten, dass eine Verlängerung der bis 30 Juni 2020 befristeten Möglichkeiten einer Videosprechstunde und telefonischer Beratung und Begleitung von Patienten mit chronischen Schmerzen erforderlich sei, erklärte der BVSD-Vorsitzende. „Die erfolgreichen Erfahrungen mit den neuen Instrumenten der Patientenversorgung sollten genutzt werden. Dadurch lassen sich Versorgungshindernisse wie Infektionsängste oder auch weite Wegstrecken dauerhaft abfedern. Eine langfristige Lösung ist hier äußerst sinnvoll.“

Mit dem Ansatz einer multimodalen Behandlung von Patienten mit chronischen Schmerzen für die ambulante Regelversorgung, könne eine Chronifizierung von Schmerzen verhindert sowie die Verbesserung der Versorgung gelingen, so der BVSD. Im Mittelpunkt des Vertragsentwurfs der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und BVSD steht die koordinierte und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachdisziplinen in einem Team – im Sinne einer SASV, Spezialisierten Ambulanten Schmerzversorgung. Der Vertragsentwurf „Multimodale Schmerztherapie“ soll eine Optimierung der ambulanten Versorgungsqualität im Bereich chronischer Schmerzen durch die Vernetzung und den Aufbau interdisziplinärer Teams (Schmerzärzte, Psychotherapeuten, Physiotherapeuten, Pain Nurses) ermöglichen. Damit wäre die Abbildung einer ambulanten multimodalen Schmerztherapie in der Architektur der Gesetzlichen Krankenversicherung erstmals möglich. „Dieses Konzept liegt fertig und ausgearbeitet vor. Wir fordern die KBV und die Kassen auf, sich endlich an einen Tisch zu setzen“, betonte Nadstawek.

Weiterführende Informationen zum Vereinbarungsentwurf „Multimodale Schmerztherapie“:

<https://www.kbv.de/html/39527.php>

Pressekontakt: Wolfgang Straßmeir, Tel. 030 / 2 88 67 260, ws@bvsd.de